

Leserbrief – „Volksbegehren Rettet die Bienen“

Bezugnehmend auf diverse Artikel im Donaukurier zu dem Volksbegehren

Es bewegt sich was. Das Thema Artenvielfalt wird diskutiert, privat wie auf politischer Ebene. Die Aussage von Herrn Minister Söder „man wolle mehr Umwelt- und Artenschutz...“ (s. DK Artikel vom 06.02.2019) ist der Verdienst der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich bereits für das Volksbegehren eingetragen haben.

Weiter so. Es braucht noch viele Stimmen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen und endlich Taten in Form von entsprechenden Gesetzgebungen und Fördermaßnahmen folgen zu lassen. Damit Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag wie bspw. den Ökolandbau in Bayern zu verdoppeln endlich umgesetzt werden und keine reinen Lippenbekenntnisse bleiben.

Es ist Zeit. Der Verlust der Artenvielfalt ist Fakt. Und das geht leider nur mit politischen Maßnahmen und Anreizen, denn die freiwilligen Beiträge (die nicht hoch genug anzurechnen sind) in den letzten Jahren reichen nicht aus. Die Forderungen des Volksbegehrens betreffen landwirtschaftliche wie öffentliche Flächen (Biotop, Schutzgebiete) und greifen das allgemeine Problem Lichtverschmutzung auf. Es geht um mehr Artenvielfalt, saubere Böden und Gewässer, also um Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen.

Unverständlich wie der Bauernverband versucht, einen Keil zwischen Naturschützer und Bauern zu treiben. Ja, es braucht einen Systemwechsel in der Agrarpolitik. Es sind nicht die Vorgaben des Naturschutzes, die das jahrzehntelange Höfesterben verursacht haben und die guten kleinbäuerlichen Strukturen kaputt machen. Und ja, es braucht bewusste, zukunftsliebende Verbraucherinnen und Verbraucher. Jeder, jede kann etwas für den Artenschutz tun. Der Einkauf regionaler, saisonaler, plastik- und pestizidfreier Produkte, Radln statt Autofahren, das Anlegen eines naturnahen Gartens mit einheimischen Gehölzen oder das Buchen eines Bahn- statt Flugtickets sind direkte oder indirekte Beiträge für mehr Artenvielfalt.

Fazit: Das Volksbegehren ist ein Anfang, dass Thema Artenschutz in die Praxis umzusetzen. Es verpflichtet die Landesregierung ihre Hausaufgaben zu machen. Keine Unterschrift heißt Stillstand. Und den können wir uns für uns und unsere Kinder nicht leisten.

Lena Maly-Wischhof, für den Bund Naturschutz Kreisgruppe Ingolstadt

07.02.2018